

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Montag, 14.07.2014, 16:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
stellv. Ausschussvorsitzender:	Lars Kühne
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher
	Heinz Peter Boyken (bis TOP 1)
	Dr. Susanne Engstler
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
stellv. Ausschussmitglieder:	Egbert Jackenkroll (ab TOP 6.3)
	Hannelore Schneider
	Dorothea Weikert
Ratsmitglieder:	Peter Nieraad (ab TOP 6.3)
	Georg Ralle
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Dirk Heise
	Meike Knop
	Heinz Lübken (zeitweise)
	Jens Neumann
	Rainer Rädicker (zeitweise)

Zu Beginn der Sitzung gibt Kämmerer Rainer Rädicker eine Erklärung ab. Der Bürgermeister habe ihn heute Morgen darüber informiert, dass er ab dem 01.08. von seinen Aufgaben als Kämmerer und Leiter des Fachbereiches Finanzen entbunden sei und sich demnächst zusammen mit Herrn Taddigs in einer Stabsstelle wiederfinden werde. Seit 2008 habe er den Fachbereich Finanzen geleitet, dabei habe er immer das Beste für die Stadt Varel erreichen wollen. Diese Arbeit habe ihm immer viel Freude bereitet. Er hinterlasse einen geordneten Fachbereich mit hervorragenden Mitarbeitern, denen er ausdrücklich danke. Anschließend verlässt er die Sitzung und bittet seinen Vertreter, die Sitzung fortzuführen.

Bürgermeister Wagner ergreift anschließend das Wort. Man habe bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.06.2014 darauf hingewiesen, dass man die Verwaltung umstrukturieren werde. Hintergrund ist die entsprechende Aufforderung der Mehrheitsgruppe (TOP 7.4 der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.06.2014). Um das Ziel, die betriebswirtschaftlichen Belange stärker in den Fokus zu rücken, zu erreichen, werde eine Stabsstelle gegründet. Alles Weitere werde in den nächsten Tagen gemeinsam mit Herrn Taddigs besprochen. Es werde nichts unternommen, was kontraproduktiv sei. Ganz im Gegenteil wolle man gemeinsam an der Umstrukturierung der Verwaltungsstrukturen arbeiten.

Ratsherr Boyken beantragt aufgrund der Vorkommnisse die Verschiebung der Sitzung und verlässt diese anschließend. Ratsfrau Weikert schließt sich diesem Antrag an. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt und die Sitzung weitergeführt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 26.02.2014
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Jahresrechnung 2010 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren
- 4.2 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
- 4.3 Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Antrag der FDP auf Abschaffung der Vergnügungssteuer für Tanz- und ähnliche Veranstaltungen gewerblicher Art
- 6.2 Entwicklung des Haushalts der Stadt Varel im Haushaltsjahr 2014: Zwischenbericht zum 30.06.2014
- 6.3 Bericht der Wirtschaftsförderin

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Redeker eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.
- 2 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 26.02.2014**

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 26.02.2014 wird einstimmig genehmigt.

3 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

4 **Anträge an den Rat der Stadt**

4.1 **Jahresrechnung 2010 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren Vorlage: 235/2014**

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2010 nach Maßgabe des § 100 Absatz 3 NGO festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010 wurde vom Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme zu diesem Bericht wurden den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vor der Sitzung zugestellt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hat gegen eine Entlastungserteilung durch den Rat der Stadt Varel keine Bedenken.

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010 wird gem. § 101 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 101 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

4.2 **Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes Vorlage: 236/2014**

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis ist im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel von der Kommuna-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Delmenhorst, geprüft worden.

Der Prüfungsbericht liegt vor und enthält den nach § 32 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung vorgesehenen Bestätigungsvermerk, da sich Beanstandungen nicht ergeben haben. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Prüfungsbericht dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel übergeben. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hält den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für ausreichend und verzichtet gem. § 32 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung auf eigene ergänzende Feststellungen. Damit bestehen gegen die in § 33 Eigenbetriebsverordnung vorgesehenen Beschlüsse über

1. den Jahresabschluss,
2. die Entlastung des Vorstandes und
3. die Behandlung des Jahresverlustes

keine Bedenken.

Die Behandlung eines Jahresverlustes ist in § 12 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung geregelt:

„Ein Jahresverlust ist, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf die Rechnung des neuen Wirtschaftsjahres vorzutragen. Die Gewinne der folgenden fünf Jahre sind zunächst zum Abbau von Verlusten zu verwenden. Nach Ablauf von fünf Jahren nicht abgebaute Verluste können durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, soweit das Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital angemessen bleibt; andernfalls ist der Verlust von der Gemeinde auszugleichen“.

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland hat vor dem Hintergrund der defizitären Haushaltslage der Stadt Varel und der Möglichkeit des Verlustausgleichs durch Überschüsse kommender Jahre darauf hingewiesen, dass Verluste vorzutragen sind.

Der Jahresverlust 2012 ist mit 69.552,77 € ausgewiesen. Gewinnvorträge für den Ausgleich stehen nicht zur Verfügung.

Bereits aus den Jahren 2008 bis 2011 besteht ein kumulierter Verlustvortrag in Höhe von

Jahresverlust 2008:	-50.777,16 EUR
Jahresverlust 2009:	-95.257,34 EUR
Jahresüberschuss 2010:	1.496,26 EUR
Jahresverlust 2011:	-73.037,21 EUR
Gesamt	-217.575,45 EUR

Die Finanzplanung für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung sieht für die Jahre 2013 – 2017 weitere Fehlbeträge vor:

Wirtschaftsjahr 2013:	-57.600,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2014:	-93.000,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2015:	-7.300,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2016:	-31.500,00 EUR
<u>Wirtschaftsjahr 2017:</u>	<u>+10.600,00 EUR</u>
Gesamt	-178.800,00 EUR

Es ist somit absehbar, dass eine Verlustabdeckung durch etwaige Gewinne nach den derzeit gegebenen Strukturen und Entgelten kaum zu realisieren ist. Für eine nachhaltige Konsolidierung bedarf es einer spürbaren Entgelterhöhung. Es ist daher beabsichtigt, kurzfristig zu Pflegesatzverhandlungen aufzurufen.

Ratsherr Kühne zeigt sich angesichts der bereits eingetretenen sowie noch zu

erwartenden Verluste besorgt um die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Alten- und Pflegeheimes.

Ratsfrau Schneider erinnert an die Arbeitsgruppen zur Konsolidierung des Altenheimes, die es in der Vergangenheit gegeben und deren Arbeit zumindest kurzfristig Erfolg gezeigt habe und fragt an, ob es sinnvoll wäre, wieder eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden.

Die Verwaltung erläutert, dass das Alten- und Pflegeheim Langendamm immer noch zu den hochpreisigen Einrichtungen in der Region zähle, in jüngster Vergangenheit aber einige Einrichtungen nach Pflegesatzerhöhungen nachgezogen hätten. Daher werde voraussichtlich noch im Laufe der Woche zu Pflegesatzverhandlungen aufgerufen. Nach der Sommerpause werde man über den Verlauf dieser Verhandlungen berichten und einen Überblick über die wirtschaftliche Situation des Alten- und Pflegeheimes Langendamm geben.

Ratsfrau Dr. Engster regt an, die Angelegenheit nach der Sommerpause erneut im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu behandeln und ggf. ein Konzept zur Konsolidierung der Einrichtung in Angriff zu nehmen.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresverlust per 31.12.2012 in Höhe von 69.552,77 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmiger Beschluss

4.3 Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014 Vorlage: 254/2014

Der Nachtragswirtschaftsplan enthält im Wesentlichen folgende Änderungen:

1. Vermögensplan

a) Finanzbedarf

aa) Erneuerung der Heizungsanlage	167.100 €
ab) Errichtung eines Blockheizkraftwerkes (BHKW)	58.600 €
ac) bauliche Maßnahmen im Speisesaal	<u>40.000 €</u>
	265.700 € sowie

ad) erhöhte Tilgung von Krediten um	2.600 €
-------------------------------------	---------

b) Deckungsmittel

ba) Aufnahme eines langfristigen Darlehens	265.700 €
--	-----------

2. Erfolgsplan

Der Erfolgsplan beinhaltet lediglich die aus den o. g. Maßnahmen resultierenden erfolgsrelevanten Änderungen im Bereich der Abschreibungen, der Zinsaufwendungen sowie Mehreinnahmen im Bereich der Entgelte aus Unterkunft

und Verpflegung.

Begründung:

Die Heizungsanlage im Alten- und Pflegeheim Langendamm ist 24 Jahre alt und aufgrund dessen störanfällig. Um einen Totalausfall zuvor zukommen soll die Anlage nunmehr kontrolliert saniert werden.

In diesem Zusammenhang soll gleichzeitig ein Blockheizkraftwerk installiert werden. Dieses trägt dazu bei, den Energiebedarf insgesamt deutlich zu senken und amortisiert sich nach Berechnungen eines Fachingenieurs nach rund 6 Jahren. Die Laufzeit dieses BHKW schätzt er auf rund 20 Jahre.

Im Speisesaal des Alten- und Pflegeheimes Langendamm muss nach Ermittlungen des Fachbereichs 4 zur Stabilisierung der Zwischendecke ein Träger eingezogen werden. Aufgrund dieser Arbeiten wird auch die Deckenverkleidung und der Fußbodenbelag in Mitleidenschaft gezogen und sollen daher erneuert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich nach Schätzungen des Fachbereichs 4 auf insgesamt 50.000 EUR, wovon rund 40.000 EUR auf den Vermögensplan sowie 10.000 EUR auf den Erfolgsplan entfallen, die durch Einsparungen und Schieben von Unterhaltungsmaßnahmen in das Folgejahr kompensiert werden sollen.

Die Finanzierung der o. g. Maßnahmen soll durch die Aufnahme eines langfristigen Darlehens erfolgen. Die Refinanzierung erfolgt durch eine Anhebung des Investitionskostenbeitrages. Der Investitionskostenbeitrag ist Bestandteil der von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Alten- und Pflegeheimes insgesamt zu zahlenden Heimkosten. Eine Zustimmung zur Anhebung dieses Investitionskostenbeitrages wurde vom Landkreis Friesland als zuständige Behörde bereits signalisiert.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Köhler, ob eine KfW-Förderung in Anspruch genommen werde, erläutert die Verwaltung, dass die KfW keine direkten Zuschüsse, sondern eine Förderung in Form von zinsvergünstigten Darlehen gewähre. Die Inanspruchnahme eines solchen Darlehens wird in Erwägung gezogen, aber auch mit marktüblichen Bankdarlehen verglichen.

Beschluss:

Der Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2013 – 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 Antrag der FDP auf Abschaffung der Vergnügungssteuer für Tanz- und ähnliche Veranstaltungen gewerblicher Art Vorlage: 168/2014

Der Antrag der FDP auf Abschaffung der Vergnügungssteuer für Tanz- und ähnliche Veranstaltungen gewerblicher Art wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.05.2014 bekanntgegeben.

Die Verwaltung erläutert, dass Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen im Landkreis Friesland nur noch von der Gemeinde Wangerland und der Stadt Varel erhoben werde. Die Einnahmen daraus belaufen sich bei der Stadt Varel auf rund 4.000 EUR jährlich.

Probleme bereite der Verwaltung zunehmend, dass Veranstaltungen nicht mehr auf dem herkömmlichen Wege bekanntgemacht werden, sondern vieles über das Internet, wie etwa über Facebook abgewickelt werde. Hier werde es schwieriger, diese Veranstaltungen zu ermitteln und satzungsgemäß zu besteuern, da vielfach keine Eintrittskarten mehr ausgegeben werden.

Es herrscht Einvernehmen, den Antrag in den Fraktionen zu beraten und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen abschließend zu behandeln.

Ratsherr Ralle regt an, in diesem Zusammenhang auch andere Bagatellabgaben auf den Prüfstand zu stellen, wie etwa die Sondernutzungsgebühren für die Innenstadt („Stuhlsteuer“).

Ausschussvorsitzender Ratsherr Redeker bittet die Verwaltung daraufhin um eine Übersicht der Bagatellsteuern und –abgaben, deren jährliches Aufkommen 10.000 EUR nicht übersteigt.

6.2 Entwicklung des Haushalts der Stadt Varel im Haushaltsjahr 2014: Zwischenbericht zum 30.06.2014 Vorlage: 257/2014

Der Bericht der Verwaltung zur Entwicklung des Haushalts der Stadt Varel im Haushaltsjahr 2014 ist diesem Protokoll in der Anlage beigelegt.

Insbesondere aufgrund erheblicher Ertragszuwächse bei der Gewerbesteuer verbessert sich nach heutigem Stand die Prognose für das Haushaltsergebnis 2014 um 2.201.600 EUR von einem noch im Haushaltsplan prognostizierten Defizit von 2.864.800 EUR auf ein Defizit in Höhe von nunmehr rund 663.200 EUR.

Folgewirkungen dieser positiven Entwicklung im laufenden Jahr werden jedoch im kommenden Jahr eine höhere Kreisumlage sowie geringere Schlüsselzuweisungen sein.

6.3 Bericht der Wirtschaftsförderin Vorlage: 256/2014

Der Bericht der Wirtschaftsförderin über ihre Tätigkeit sowie die Entwicklungen und Projekte der vergangenen Monate wird diesem Protokoll in der Anlage beige-fügt.

Ratsherr Biebricher regt an, auf dem Schlossplatz eine Fahrrad-Tankstation für Elektrofahrräder einzurichten, um mehr Frequenz in die Innenstadt zu bekommen.

Ratsherr Nieraad fragt an, ob es bekannt sei, dass für öffentliche Einrichtungen ein Q-Qualitätssiegel vergeben werde und regt an, dieses zu prüfen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Dr. Engstler, ob die Existenzgründer-Beratungen auch konkrete Existenzgründungen nach sich zögen, erläutert Frau Knop, dass rund ein Drittel der Beratungen in einer Existenzgründung mündeten. Im Sinne von „Varel macht sich auf den Weg“ sollte eine Aufbruchstimmung erzeugt und dargestellt werden, was sich in Varel positiv entwickelt.

Des Weiteren berichtet sie, dass sich bei Facebook eine neue Gruppe „Varel entwickeln und lebenswerter gestalten“ gegründet habe und sehr schöne Ideen hervorbringe. Diese Kreativität sollte genutzt werden.

Ratsherr Kühne regt an, die Bemühungen um eine Vermarktung des Postgebäudes zu verstärken, da es sich hier um die wichtigste Brücke zwischen Famila und der Innenstadt handelt. Hier sollten auch andere Börsen wie Immowelt oder Immonet genutzt werden. Des Weiteren sollte gegebenenfalls eine kleine Arbeitsgruppe gebildet werden, die sich mit diesem Thema befasst.

Zur Beglaubigung:

gez. Bernd Redeker
(Vorsitzende/r)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer/in)